

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.
Die Vorsitzende



17.06.03

Landtag Nordrhein-Westfalen

Herrn Wolfgang Kubitzky

Referat I.1

Telefax: 0211/884-3002



Sehr geehrter Herr Kubitzky,

für die morgige Anhörung möchte ich Ihnen noch vorab die schriftliche Stellungnahme zukommen lassen zur Vervielfältigung.

Weitere Punkte werden im Rahmen der Anhörung erläutert.

Mit freundlichen Grüßen

Sigrid Beer

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.

Die Vorsitzende



Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Landesregierung
Gesetz zur Stärkung von Bildung und Erziehung - Schulrechtsänderungsgesetz 2003-
Stand 1.4.2003

Wir bedanken uns für die Möglichkeit einer Stellungnahme und führen zum o.g. Entwurf aus:
Der LER begrüßt, dass Bildung und Erziehung durch eine intensivere Kooperation zwischen Elternhaus und Schule gestärkt, Schulreform und Qualitätsentwicklung voran gebracht werden sollen.
Die im Entwurf vorgelegten Förderelemente reichen nach unserer Meinung jedoch nicht aus oder setzen zu spät an. Besonders wird die Verpflichtung der Schule, SchülerInnen zum Lernerfolg zu führen zu wenig deutlich.

Wenn Konsequenzen aus der PISA- und zuletzt auch IGLU-Studie abgeleitet werden, dann sollten sie zu spürbaren Qualitätsverbesserungen führen. Das Konglomerat in der Vorlage geht eher zaghaft die nötigen Schritte an und schafft eine Schulrechtsnovelle, die nicht zur Vereinfachung und Klarheit durch Straffung und Aufhebung hinderlicher Strukturen beiträgt, sondern sich mühsam im vorfindlichen System vortastet.

Hinweise auf Zeugnissen

Wer fördern und fordern will, muss Lehrerenergien anders steuern.

Hinweise auf Zeugnissen kommen zu spät und reichen nicht aus. Bei den Beratungstagen im Quartal haben bereits die Hinweise zu erfolgen, sind Förderpläne zu entwickeln und Zielvereinbarungen zwischen LehrerIn, SchülerIn und Eltern zu treffen. In den Qualitäts- und Förderverbund hinein gehört eine entsprechende Förderdiagnostik und ein neues Arbeitszeitmodell für LehrerInnen, das diese Aufgaben berücksichtigt und den Arbeitsplatz Schule neu definiert. Die Lehrerenergien müssen in die Lernförderung für alle Kinder mit ihren unterschiedlichen Entwicklungspotenzialen gesteckt werden. Derzeit werden sie zu einem großen Teil dafür aufgewendet, justiziabel festzustellen, ob Kinder in einer Lerngruppe oder Schulform verbleiben dürfen oder nicht. Darüber hinaus trägt diese falsche Lenkung dazu bei, dass Kinder systematisch über- oder unterfordert werden, anstatt individuelle Unterstützung zu bekommen.

Die Regelungen im Entwurf machen nicht genug deutlich, wie die institutionelle Verpflichtung der Schule für den Bildungserfolg erfüllt werden kann. Die Bedeutung der Kooperation von Schule und Elternhaus (Gemeinsam Verantwortung übernehmen - Erziehung stärken) wird nicht kleingeredet, wenn wir noch einmal auf hinweisen, dass die Effekte des sozioökonomischen und soziokulturellen Hintergrunds der Schule einen um ein Vielfaches höheren Einfluss auf die Entwicklung der Schülerleistung haben als der familiäre Hintergrund, wie die PISA-Studie für die Bundesrepublik darlegt. In Deutschland ist diese Ausprägung international am höchsten (OECD: Lernen für das Leben. PISA 2000, S.237).

Wir beklagen, dass der Entwurf in seiner Selbstbeschränkung auf Elemente der inneren Schulreform auch dort noch auf halber Strecke stehen bleibt. Der Problematik des Schulformwechsels und der Wiederholung wird nicht konsequent begegnet. Es fehlt der Mut, ein konsequentes Abschulungsverbot auszusprechen. Das ist enttäuschend.

Wir fordern Sie auf, konsequent zu sein und die aufnehmende Schule zu verpflichten, ihre SchülerInnen mindestens bis zum S I -Abschluss zu führen. Solange die Möglichkeit besteht, dass LehrerInnen davon ausgehen können, Kinder durch Abschulung und Wiederholung "loszuwerden", werden sie sich ihnen nicht hinreichend konsequent widmen. Es ist ein grundlegender Fehler ist, dass unsere Kinder sich an ein System anzupassen haben. Wer darin nicht funktioniert, landet auf dem absteigenden Ast. Damit muss Schluss sein.

Schon heute erleben wir es, dass die abgebenden Schulen, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nur selten nachkommen, für die SchülerInnen eine aufnehmende Schule zu finden. Eltern sind unterwegs mit der Botschaft: "Man hat uns gesagt, unser Kind muss gehen." Kinder werden erst in Schulen angenommen, weil sie Lehrerstellen sichern, um dann später auf die Wanderschaft geschickt zu werden. Wir sind der Meinung, dass es gesellschaftlich nicht mehr hinnehmbar ist, dass LehrerInnen sagen können: "Mit diesen Kindern will ich an dieser Schule nicht arbeiten." Und schließlich dafür quasi be-

Vorsitzende: Sigrid Beer - An der Dicken Linde 30 - 33106 Paderborn - Fon: 05254-6185 Fax: 0196- E-Mail: SBeer@t-online.de 1

Geschäftsstelle: Petra Frie - Eichengrund 15 - 33106 Paderborn - Fon+Fax: 05254-957198

E-Mail: LER.NRW@t-online.de

LANDESELTERNRAT der GESAMTSCHULEN in NW e.V.

Die Vorsitzende



soldungsmäßig belohnt werden. Wir halten das auch im Hinblick auf den Personalmangel im Landeshaushalt für ökonomisch nicht mehr tolerierbar. "In NRW werden nach einer Modellrechnung ca. 3500 Stellen bzw. 178,5 Mill. Euro aufgrund der Wiederholungspraxis für die Grundschule und Sekundarstufe I zusammen jährlich benötigt." (Schulverwaltung 1/2003, S. 13). Diese Ressourcen müssen umgelenkt und anders verteilt werden. Und zwar an die Schulen, die konsequent individuell fördern und sich einer Evaluation stellen. Schulen, die Sitzenbleiber produzieren, dürfen dafür nicht länger mit Ressourcen bedacht werden.

Der Skandal der sozialen Benachteiligung und der Chancenungleichheit ist nicht mehr länger hinnehmbar und die Ansätze im Entwurf, die Situation zu verändern, greifen bisher zu kurz. Das gilt besonders für die gegliederten Sekundarstufen. Wir brauchen ein konsequenteres Umsteuern.

Beteiligung

Zur systematischen Qualitätsentwicklung und Evaluation der schulischen Arbeit gehört auch der demokratische Diskurs über Erfahrungen und Methoden. Wir lehnen es ab, dass SchülerInnen und Eltern jegliches Entscheidungsrecht über die Teilnahme vor allen an Vergleichsuntersuchungen durch Dritte entzogen werden soll. Das konterkariert die notwendige Transparenz, blockiert eine konstruktive und demokratische Beteiligung und schafft unnötig Misstrauen auf dem wichtigen Feld der Evaluation. Die deutlich zu verzeichnenden Entwicklungsprozesse von TIMSS hin zu PISA zeigen wie konstruktiv, erfolgreich und wichtig Beteiligungsstrukturen auch in diesen Fragen sind. Der Verweis in den Erläuterungen, dass davon auszugehen ist, dass die Schulkonferenzen informieren, reicht nicht aus. Dies ist vor allem anzumerken, weil z. B. die aktuelle Standard- und Kerncurriculumentwicklung auf Länder- und Bundesebene nicht im öffentlichen Diskurs geführt wird. Ein Blick in den internationalen Kontext zeigt, dass es auch anders geht, dass die systematische Beteiligung der Eltern auf der Landesebene gepflegt wird.

Integrierte Naturwissenschaften

Wir begrüßen ausdrücklich die Regelungen zur Integration der Naturwissenschaften in einen Lernbereich. Der BLK-Modellversuch PING (Projekt integrierte naturwissenschaftliche Bildung, 1993-97) hat erfolgreich dargelegt, dass und wie integriert Naturwissenschaften unterrichtet werden können. Der Widerstand aus Lehrerverbänden lässt Eltern mit Blick auf die Anforderungen in der Arbeitswelt außerhalb der Schule wieder einmal verwundert aufmerken. Lebenslanges Lernen gilt auch für LehrerInnen. Der professionelle Anspruch an sich selbst muss Teamkompetenz und Fortbildungswillen enthalten.

Fortbildung

In diesem Sinne begrüßen wir die Stärkung der Fortbildung. Es ist aber zu wenig, dass Schulleitungen lediglich auf Fortbildung hinwirken sollen. Der Mindestumfang muss definiert sein und durch entsprechende Zeitbudgets in der Schule abgesichert sein. Die Wiedereinführung der Stellenreserve und die Präsenz der Lehrer am Arbeitsplatz verbunden mit Fortbildungskontenmodell ist die Grundlage für innovative Fortbildungskonzepte, die den schulischen Bedürfnissen Rechnung tragen.

Lehrerausbildung

Wenn ein Gesetzentwurf als Reaktion auf PISA, IGLU ergänzt, und IGLU vorgelegt wird, dann ist es unverständlich, dass die Fehlkonstruktionen des neuen LABG blind weiter verfolgt werden. Unverdrossen werden Schulformfixierungen im Vorbereitungsdienst wieder aufgelegt.

Zusätzliche Anmerkungen:

Wir lehnen die Kompensation der Kosten der flexiblen Schuleingangsphase durch Stellen für Integrationshilfe aus anderen Schulformen ab.

Wir begrüßen es, dass Eltern in der Regel bis zum Ende der Schullaufbahn über wichtige Angelegenheiten informiert werden sollen, es sei denn, die volljährigen SchülerInnen widersprechen ausdrücklich.

Wir begrüßen ebenso die Möglichkeit, einen Vertrauensausschuss zu bilden oder eine Vertrauensperson zu berufen. Wir gehen davon aus, dass dies auch Eltern sein können.

Sigrid Beer